

Postzustellerinnen

Mitarbeitern mit schweren Herzerkrankungen oder auch von Angestellten mit Darminfekten. Verbunden sind die Krankheitsdaten und -beschreibungen häufig mit klaren Handlungsempfehlungen. So heißt es in den Akten etwa, dass in Gesprächen auf die Patienten eingewirkt werden soll, in Vorruhestandsregelungen einzuwilligen oder ihr Tätigkeitsfeld im Unternehmen zu wechseln. Die Deutsche Post AG räumt ein, dass solche Akten geführt wurden und dass damit in eklatanter Form gegen geltende Datenschutzbestimmungen verstoßen wurde. Allerdings, so Personalvorstand Walter Scheuerle, sei dies nach Kenntnis des Unternehmens nur in zwei Briefzentren der Fall gewesen. Bereits im vergangenen Jahr sei die Post durch interne Untersuchungen auf die Vorkommnisse gestoßen und habe sofort alle notwendigen organisatorischen und personellen Konsequenzen gezogen. Man habe alles getan, um eine Wiederholung auszuschließen. Trotzdem, heißt es bei der zuständigen Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di, müsse der Vorgang nun „rigoros aufgeklärt“ werden.

STAATSBÜRGSCHAFTEN Wechselnde Prüfer

Bei der Vergabe von Rettungsbürgschaften für Unternehmen will sich die Bundesregierung künftig nicht mehr allein auf die Wirtschaftsprüfer von PricewaterhouseCoopers (PwC) verlassen. Das hat der Lenkungsausschuss, der über die Vergabe der Bürgschaften entscheidet, nach harscher Kritik von Vergaberechtlern und PwC-Konkurrenten beschlossen. PwC war Anfang des Jahres vom Wirtschaftsministerium als Berater und Treuhänder des Staates eingesetzt worden, eine Ausschreibung gab es nicht. Das Ministerium rechtfertigt sich damit, dass die Gesellschaft den Bund schon lange in Bürgschaftsangelegenheiten berate. Tatsächlich beurteilt PwC im Auftrag des Bundes die Anträge von Hermes-Bürgschaften seit Gründung der Republik vor 60 Jahren. Den Mitgliedern des Lenkungsausschusses kam die Häufung der PwC-Aufträge sonderbar vor – zumal sich Interessenkonflikte abzeichnen. So hat etwa die Heidelberger Druckmaschinen AG, deren Abschlüsse PwC prüft, einen Bürgschaftsantrag gestellt. Ein Mitglied des Lenkungsausschusses bestätigte: „Wir werden künftig auch andere Prüfungsgesellschaften berücksichtigen.“

WESTLB

Milliarden reichen nicht

Immer mehr zu einem Abwicklungsfall entwickelt sich die WestLB. Am vorvergangenen Sonntag lehnten die Sparkassen von NRW eine Kapitalspritze über 6,4 Milliarden Euro ab, mit der der neue Vorstandschef Dietrich Voigtländer in die Offensive gehen wollte. Es wurden nur 4 Milliarden Euro bewilligt, und das auch nur, weil die

Finanzaufsicht BaFin mit der Schließung der Bank gedroht hatte. Mit dem Geld werden weitere Risiken in dem bereits ausgelagerten Portfolio von toxischen Anleihen mit dem Namen Phoenix abgedeckt. Zwei Tage zuvor hatte Michael Breuer, der Präsident des Rheinischen Sparkassenverbands, dem auch von der BaFin und der Deutschen Bundesbank unterstützten Wunsch nach noch mehr Geld zugestimmt. Doch Rolf Gerlach, der Chef des westfälischen Sparkassenverbands, und Sparkassenpräsident Heinrich Haasis kassierten die Zusage wieder ein. Sie setzen darauf, Phoenix in eine von dem Rettungsfonds Soffin unterstützte Zweckgesellschaft auszulagern. Es wäre, so sehen es die Düsseldorfer Bankmanager, die Vorentscheidung für eine Zerschlagung und Abwicklung der WestLB.



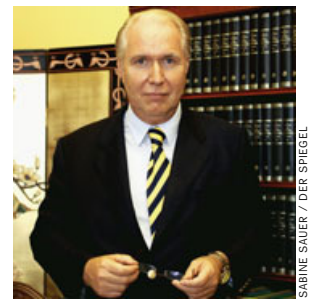
WestLB-Zentrale in Düsseldorf

DOMINIQUE ECKEN / KEYSTONE

VERBRAUCHERSCHUTZ

Dubiose Doppelrolle

Eine merkwürdige Personalentscheidung des Deutschen Instituts für Anlegerschutz (DIAS) sorgt für Aufsehen: Als neuen geschäftsführenden Vorstand beriefen die Mitglieder des auf die Untersuchung unlauterer Finanzgeschäfte spezialisierten Instituts Ehrenfried Stelzer. Bis zur Wende war Stelzer Leiter der Sektion Kriminalistik an der Ost-Berliner Humboldt-Universität. Die Sektion galt als Stasi-Hochburg, Stelzer selbst diente der Stasi Jahrzehnte als „Offizier im besonderen Einsatz“. Im April war Stelzers Vorgänger Volker Pietsch, der als Finanzspezialist von der Verbraucherzentrale Berlin gekommen war, zurückgetreten. Die Hintergründe von Pietschs Abgang sind unklar, hängen aber möglicherweise mit der unsoliden Finanzsituation des DIAS zusammen. Seit der Gründung vor fünf Jahren ist der Verein wesentlich von Zuwendungen der Berliner Anlegerschutz-Kanzlei Resch abhängig. Deren geschäftsführender Gesellschafter Jochen Resch ist nicht nur DIAS-Mitglied, sondern auch Vorstand der Verbraucherzentrale Brandenburg – eine Doppelfunktion, die Resch dem Vorwurf aussetzt, sich über das DIAS Mandanten zu beschaffen. Resch bestreitet das. Das DIAS sei unabhängig konzipiert „und nie eine Mandantenschaukel“ gewesen. Auch der neue DIAS-Vorstand Stelzer gilt als Resch-Mann. Man kenne sich „lange Jahre“, so Resch. Eine von Stelzers ersten Amtshandlungen war es, den gesamten zehnköpfigen Beirat, die meisten darin Juristen, abzuverufen.



Resch

SABINE SAUER / DER SPIEGEL